

Anlage 1

Bewerberinformation zum Verhandlungsverfahren mit europaweitem Teilnahmewettbewerb

Neubau des Hochwasserrückhaltebeckens Wiembecke – Leistung Projektsteuerung

Inhalt

1.	Einleitung	3
2.	Projektbeschreibung	4
3.	Termine im Vergabeverfahren	8
4.	Vergabeunterlagen	9
5.	Entschädigung	9
6.	Beschreibung der ausgeschriebenen Leistungen und stufenweise Beauftragung	9
7.	Projektsteuerungsvertrag	10
8.	Geltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW	11
9.	Fragen Hinweise und Auskünfte	11
10.	Bewerbergemeinschaften – gesamtschuldnerische Haftung	11
11.	Andere Unternehmen / Eignungsleiher	12
12.	Vorbehalt der Aufhebung des Vergabeverfahrens	13
13.	Detaillierte Darstellung der Durchführung des Teilnahmewettbewerbs	13
13.1	Formale Vorgaben für die Teilnahmeanträge	13
13.2	Prüfung auf Vollständigkeit der Teilnahmeanträge und Einhaltung der Teilnahmefrist	14
13.3	Prüfung auf Erfüllung der Mindestanforderungen an die Eignung der Bewerber (Mindeststandards)	14
13.4	Persönliche Lage des Bewerbers/Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- und oder Handelsregister	16
13.5	Nichtvorliegen von Ausschlussgründen	16
13.6	Präqualifizierung	17
13.7	Erklärung zu Russland-Bezug	17
13.8	Auswahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bieter	17
13.9	Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen	18
13.10	Ausführungsbedingungen	18
14.	Ausblick auf das Verhandlungsverfahren	19
14.1	Formale Vorgaben Angebotsabgabe	19

14.2	Erläuterung Vertrag	19
14.3	Bindefrist.....	20
14.4	Bewertung der Angebote.....	20
15.	Nachprüfungsverfahren / Rechtsbehelfsverfahren	20

1. Einleitung

Der Werre-Wasserverband schreibt Projektsteuerungsleistungen für den Bau eines Hochwasserrückhaltebeckens mit einem Stauraum von 693.000 m³ im Hauptschluss des Gewässers „Wiembecke“ etwa 300 m südöstlich der Ortslage Detmold/Hornoldendorf sowie den auf dem Damm des geplanten Hochwasserrückhaltebeckens geplanten Bau der Ortsumfahrung Hornoldendorf K 90,1n aus.

Diese Bewerberinformation enthält ergänzende Informationen zum Teilnahmewettbewerb gemäß der Auftragsbekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union. Ergänzend gelten die Bewerbungsbedingungen (Formular 511 EU).

Der Auftraggeber schreibt die Leistungen europaweit im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (§ 17 Abs. 1 VgV) aus.

Auftraggeber ist der

**Werre-Wasserverband
Bügelstraße 2
32052 Herford**

Das Vergabeverfahren wird durchgeführt durch den

**Kreis Lippe - Der Landrat
Zentrale Vergabestelle
Felix-Fechenbach-Str. 5
32756 Detmold**

Der Kreis Lippe ist Kontaktstelle für die an der Teilnahme interessierten Unternehmen.

Das Vergabeverfahren gliedert sich in folgende Abschnitte.

Teilnahmewettbewerb

Im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs fordert der Auftraggeber eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen europaweit öffentlich auf, Teilnahmeanträge abzugeben. Jedes interessierte Unternehmen kann einen Teilnahmeantrag abgeben. Mit dem Teilnahmeantrag übermitteln die Unternehmen innerhalb der Teilnahmefrist dem Auftraggeber die geforderten Informationen zur Prüfung der Eignung zur Ausführung der ausgeschriebenen Leistungen. Der Auftraggeber begrenzt

die Anzahl der Bewerber, die an den sich anschließenden Verfahrensschritten teilnehmen, gemäß § 51 VgV auf maximal fünf. Die Einzelheiten zur Auswahl der Bewerber sind der anliegenden Eignungsmatrix – Eignungskriterien (Anlage E-1) sowie der Ziffer 13.8 dieser Bewerberinformation zu entnehmen.

Verhandlungsverfahren

Das sich anschließende Verhandlungsverfahren verläuft in mehreren Phasen.

In der ersten Phase fordert der Auftraggeber zur Abgabe eines ersten Angebotes auf. Mit dem ersten Angebot übermitteln die Bieter innerhalb der Angebotsfrist die vom Auftraggeber in den Vergabeunterlagen geforderten Unterlagen und Angaben.

Der Auftraggeber behält sich im Rahmen der vorliegenden Ausschreibung gemäß § 17 Abs. 11 VgV vor, den Zuschlag bereits auf der Grundlage der Erstangebote zu vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten. Macht der Auftraggeber von diesem Vorbehalt Gebrauch, werden die nachfolgenden Phasen 2 und drei übersprungen.

In der zweiten Phase

verhandelt der Auftraggeber mit allen zur Angebotsabgabe aufgeforderten Bietern, die fristgerecht ein Erstangebot abgegeben haben, über die Erstangebote und (sofern erforderlich) alle Folgeangebote.

In der dritten Phase unterrichtet der Auftraggeber die verbleibenden Bieter über die Absicht, die Verhandlungen abzuschließen und legt eine Frist für die Einreichung der endgültigen Angebote fest. Die Bieter übermitteln ihre Angebote innerhalb der festgelegten Frist.

Der Auftraggeber entscheidet auf der Grundlage der Zuschlagskriterien (Einzelheiten sind der anliegenden Bewertungsmatrix Zuschlagskriterien (Anlage 11) sowie der Ziffer 14.4 dieser Bewerberinformation zu entnehmen), welches der verbliebenen wertbaren endgültigen Angebote er bezuschlagt.

2. Projektbeschreibung

Die ausgeschriebene Projektsteuerung bezieht sich auf das nachfolgend dargestellte Projekt:

Zur Verbesserung des Hochwasserschutzes im Einzugsgebiet der Werre plant der Werre-Wasserverband als überörtlich wirksame Hochwasserschutzmaßnahme den Bau eines Hochwasserrückhaltebeckens (HRB) an der Wiembecke oberhalb der Ortslage Hornoldendorf (Stadt Detmold). Das Hochwasserrückhaltebecken stellt einen wesentlichen Baustein der Maßnahmenkette zur Minderung der Hochwasserschäden in bebauten Bereichen des Werre-Einzugsgebietes dar.

Allgemein:

Der Werre-Wasserverband plant den Bau eines Hochwasserrückhaltebeckens mit einem Stauraum von 693.000 m³ im Hauptschluss des Gewässers „Wiembecke“ etwa 300 m südöstlich der Ortslage Detmold/Hornoldendorf. Die Einstaufläche mit einer Größe von ca. 18 ha erstreckt sich bis an den westlichen Ortsrand von Fromhausen. Aufgrund landschaftsökologischer Vorteile wird der Damm des geplanten Hochwasserrückhaltebeckens mit der gleichfalls geplanten Ortsumfahrung Hornoldendorf K 90,1n kombiniert.

Staudamm:

Länge Rückhaltedamm Station 0 + 080 – 0 + 260	180 m
Kronenbreite	11 m
Dammhöhe	12 m
Regelböschungsneigung was- ser- / luftseitig	1 : 2,5 / 1 : 2,5
Böschungsneigung im Bereich Auslassbauwerk	1 : 2,5 / 1 : 2,5
Dammschüttvolumen	rd. 74.000 m³

Wesentliche Bestandteile sind der ca. 660 m lange Damm der Ortsumfahrung, der im Bereich des Wiembecketal auf einem etwa 180 m langen Teilstück als Rückhaltebeckendamm konzipiert ist. Ferner sind ein Auslassbauwerk zur Regulierung der Abflüsse und ein Betriebsgebäude zur Aufnahme der Steuerung geplant. Der Rückhaltedamm selbst ist gemäß den geotechnischen Vorgaben als (Erd-)Zonendamm mit wasserseitiger Dichtung, Stützkörper und bereichsweisem Entspannungsdrän konzipiert. Die max. Dammhöhe über der Talsohle beträgt rd. 12 m. Im Auslassbauwerk sind Grundablass und Hochwasserentlastungsanlage zur Energieumwandlung integriert. Das Betriebsgebäude, welches für das Einsatzpersonal auch mit einem Aufenthaltsraum und Sanitäranlage ausgestattet ist, wird im Bereich des Knotenpunktes der K 90,1n mit der Externsteinstraße (L 828) platziert.

Hochwasserrückhaltedamm

Auslassbauwerk:

Das Auslassbauwerk wird als nach oben offenes Stahlbetonbauwerk erstellt, in das zwei Tiefschütze als Betriebsauslass und eine Fischbauchklappe als Hochwasserentlastungsanlage integriert sind. Ferner wird in das Bauwerk zur Energieumwandlung unterstrom der Tiefschütze ein Tosbecken vorgesehen.

Die Kreisstraße wird mittels einer Brückenplatte über das Auslassbauwerk geführt. Der Betriebsauslass für den ständigen Abfluss aus dem Becken besteht aus zwei hydraulisch angetriebenen

Tiefschützen. Die Abmessungen der Tiefschütze betragen je $B \times H = 3,0 \times 2,5$ m. Die Hochwasserentlastung erfolgt über eine hydraulisch angetriebene Fischbauchklappe, die auf dem Stau-balken über den Schützen aufgesetzt ist. Die Abmessungen der Fischbauchklappe betragen $B \times H = 7,5 \times 3,0$ m. Der Antrieb der Klappe erfolgt hydraulisch über ein Torsionsrohr. Antriebszylinder und Torsionsrohr-lager sind in der seitlich (südlich) am Auslassbauwerk auskragenden Antriebs-kammer untergebracht. Hier wird auch das Hydraulikaggregat aufgestellt. Der Zugang zu der Antriebskammer erfolgt von der Dammkrone aus. In dieser Kammer wird auch das Notstromaggre-gat untergebracht, so dass ein Betrieb auch bei einem Stromausfall gewährleistet ist.

Gewässerausbau:

Im Zusammenhang mit dem geplanten Auslassbauwerk wird es erforderlich, die Wiembecke auf einer Länge von ca. 150 m zu verlegen. Die Wiembecke erhält dabei eine Sohlbreite von 5 m mit beidseitigen Böschungsneigungen von 1:2,5. Zur Modellierung einer Niedrigwasserrinne wird die Sohle mit einer einseitigen Neigung von ca. 4 % versehen. Der Abflussquerschnitt der ca. 130m langen Auslaufstrecke kann einen Abfluss in der Größe von $7,5 \text{ m}^3/\text{s}$ schadlos aufnehmen. Die Ufer der Auslaufstrecke sind zum Erosionsschutz beidseitig mit Natursteinen gesichert.

Hochwasserschutz Fromhausen:

Für den Holzhauser Bach in der Ortslage Fromhausen ist westlich der Bebauung der Neubau eines Hochwasserabschlags geplant.

Der ca. 170 m lange Graben wird als offenes Trapezprofil mit einer Sohlbreite von 2 m geplant. Die Sohle wird zur Modellierung einer Niedrigwasserrinne mit einer einseitigen Neigung von ca. 5 % (10 cm) versehen. Bei beidseitigen Böschungsneigungen von 1:2 ergibt sich bei einer maxi-malen Grabentiefe von bis zu rd. 4 m somit eine maximale Grabenbreite von ca. 15,5 m. Die Beaufschlagung des Grabens erfolgt über eine am linken Ufer des Holzhauser Bachs zu errich-tende Schwelle unterhalb des Durchlasses der Fromhauser Straße.

Straßenbau:

Gemäß den „Richtlinien für integrierte Netzgestaltung – RIN 2007“ ist die K 90,1 im Bereich der freien Strecke eine Landstraße der Straßenkategorie LS IV. Aufgrund der Verkehrsstärke > 3.000 Kfz/24 h ist die K 90,1 in die Entwurfsklasse 3 nach den „Richtlinien für die Anlage von Landstra-ßen – RAL 2012“ einzustufen.

Die Fahrbahnbreite beträgt 7,00 m. Die geplante Baustrecke beginnt bei Bau-km 0+000,000 im Anschluss an die Landstraße L 828, Abschnitt 18, Straßen-km 1,19 und verläuft in nordöstliche Richtung bis Bau-km 0+300,000 über den geplanten Damm. Die Lage des neuen Knotenpunktes K 90,1n/L 828 resultiert aus der Lage des Dammes sowie aus der Höhe der Dammkrone. Die Gradienten der K 90,1n wird auch durch die wasserbaulich bedingten Parameter bestimmt. Ab Bau-km 0+300,000 verläuft die Trasse in nördliche Richtung und schließt mit Bau-km 0+689,711 an die K 90,1 an.

Entwässerung:

Im Dammbereich wird das anfallende Oberflächenwasser zum Schutz der Dammböschung durch Borde mit einer zweizeiligen Rinne (0+040,000 bis 0+300,000) gefasst und über einen Regenwasserkanal Bau-Km 0+065,00 bis 0+260,00 zum Vorfluter geführt. In Bau-km 0+189,000 wird das Oberflächenwasser in die Wiembecke eingeleitet. Ab Bau-km 0+300,000 (Hochpunkt) wird das Oberflächenwasser über Bankette in die fahrbahnbegleitenden Entwässerungsgräben und Mulden abgeleitet. Bis Bau-km 0+390 entwässern diese Gräben und Mulden in die Wiembecke (0+189,000).

Ab Bau-km 0+390 verläuft die Oberflächenentwässerung als einseitige Mulde, welche bei Bau-km 0+548 über Durchlässe DN 500 an die vorhandene Vorflut angeschlossen wird.

Straßenausstattung:

Die Straße erhält eine Markierung und Beschilderung gemäß Straßenverkehrs-Ordnung (StVO). Im Bereich des Dammes sind beidseits der Fahrbahn Schutzeinrichtungen aufzustellen. Geplant ist hier der Einbau von einfachen Schutzplanken (ESP) mit einem Pfostenabstand von 2,00 m und im Bereich der Brücke von einfachen Distanzschutzplanken (EDSP) mit einem Pfostenabstand von 1,33 m.

Fördermittel:

Der Auftraggeber beabsichtigt, für die Baumaßnahme Zuwendungen des Landes NRW gemäß den Förderrichtlinien in Anspruch zu nehmen:

Wasserbau: Hochwasserrisikomanagement und Wasserrahmenrichtlinie, FöRL HWRM/WRRL
Straße: Förderrichtlinien kommunaler Straßenbau, FöRi-kom-Stra (SMBI NRW 910).

Die Zuwendungsbescheide der Bezirksregierung Detmold vom 13.12.2023 zur Förderung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen (Einzelplan 62, Kapitel 62050 Titel 887 66) zum „Neubau Hochwasserrückhaltebecken Wiembecke“ Kennziffer L 10/23 und vom 19.12.2023 für den Neubau der K 90,1n im Zuge des Baus „Hochwasserrückhaltebecken Wiembecke“ in Detmold-Hornoldendorf werden den Bewerbern, die im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs zur Abgabe von Angeboten aufgefordert werden, mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe zur Verfügung gestellt.

Die Vorgaben der o.g. Richtlinien/Förderprogramme und der Zuwendungsbescheide sind bei der Umsetzung der ausgeschriebenen Projektsteuerungsleistungen zu beachten.

Stand des Planungsprozesses

Im Vorfeld dieser Ausschreibung wurden bereits Planungsleistungen der Leistungsphasen 1 bis 4 der für das Projekt erforderlichen Leistungsbilder gemäß HOAI erbracht. Die grundbautechnischen Voruntersuchungen und ein digitales Geländemodell liegen vor. Den Bewerbern, die im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs zur Abgabe von Angeboten aufgefordert werden, werden diese Unterlagen mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe zur Verfügung gestellt.

Die Planungsergebnisse werden Vertragsbestandteil sind bei der Umsetzung der ausgeschriebenen Projektsteuerungsleistungen zu beachten.

Der Plan des Werre-Wasserverbandes um Neubau des Hochwasserrückhaltebeckens Wiembecke in den Gemarkungen Gemarkungen Hornoldendorf (Stadt Detmold) Fromhausen (Stadt Horn-Bad Meinberg) sowie den Neubau der Ortsumgehung Hornoldendorf K90, 1n über den Hochwasserschutzdamm des Hochwasserrückhaltebeckens ist mit dem Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung vom 05.12.2023 festgestellt worden. Der Planfeststellungsbeschluss wird Vertragsbestandteil und ist bei der Umsetzung der ausgeschriebenen Projektsteuerungsleistungen zu beachten.

Aktuell sind gegen den vorliegenden Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Detmold ein Klageverfahren und gegen die ebenfalls vorliegende Genehmigung zur sofortigen Vollziehung des Planfeststellungsbeschlusses ein Eilverfahren jeweils vor dem Oberverwaltungsgericht Münster anhängig.

3. Termine im Vergabeverfahren

Die nachfolgend genannten Zeitangaben zur Abwicklung des Vergabeverfahrens dienen lediglich dazu, den Bewerbern die Abschätzung des Zeitbedarfs und die Kapazitätsplanung zu erleichtern. Sie sind unverbindlich. Ansprüche aufgrund eines geänderten Zeitplanes können daraus nicht abgeleitet werden. Der Auftraggeber behält sich ausdrücklich vor, die Termine in den Vergabeunterlagen und/oder im Rahmen der Verhandlungen, soweit rechtlich zulässig, noch anzupassen.

Versand der Bekanntmachung	08.06.2026
Ende Frist für zusätzliche Informationen	01.07.2026
Frist Abgabe Teilnahmeantrag	09.07.2026
Aufforderung zur Abgabe der ersten Angebote	24.07.2026
Angebotsfrist	19.08.2026
Verhandlungen	26.08. - 02.09.2026
Aufforderung zur Abgabe der endgültige Angebote	04.09.2026
Angebotsfrist	14.09.2026
Information gemäß § 134 GWB	21.09.2026
Zuschlagsschreiben / Absagen	02.10.2026
Bindefrist	09.10.2026

4. Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen werden über den Vergabemarktplatz Westfalen zur Verfügung gestellt.

In den Vergabeunterlagen ist in dem Dokument „Anfrage Teilnahmewettbewerb“ (Formular 311 EU) eine Liste der Anlagen („Checkliste Vergabeunterlagen“) enthalten, in dem, neben dem Dokument selbst, alle weiteren Unterlagen aufgelistet sind, die den Bewerbern im Teilnahmeantrag zur Verfügung gestellt werden. Der Bewerber hat den Inhalt dieses Dokumentes und der darin vorgesehenen Unterlagen zu prüfen und das Fehlen von Unterlagen der Vergabestelle über den Kommunikationsbereich des Vergabemarktplatzes mitzuteilen.

5. Entschädigung

Für die Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten wird keine Entschädigung gezahlt.

6. Beschreibung der ausgeschriebenen Leistungen und stufenweise Beauftragung

Die ausgeschriebenen Leistungen beziehen sich auf Leistungen der Projektsteuerung nach dem Heft Nr. 9 der AHO-Fachkommission „Projektsteuerung/Projektmanagement“, 6. Auflage Stand Mai 2025 für folgende Handlungsbereiche:

A – Organisation, Information, Koordination und Dokumentation

B – Qualitäten und Quantitäten

C – Kosten und Finanzierung

D – Termine, Kapazitäten und Logistik

E – Verträge und Versicherungen

Für diese Handlungsbereiche sind jeweils die Leistungen der Projektstufen 3 (Ausführungsvorbereitung, 4 (Ausführung) und 5 (Projektabschluss) der Projektsteuerung nach Heft Nr. 9 AHO zu erbringen.

In das Projekt war bisher keine externe Projektsteuerung eingebunden. Daher wird es ebenfalls Aufgabe des zu beauftragenden Projektsteuerers sein, sich in das Projekt einzuarbeiten, die vorliegenden Daten entsprechend zu übernehmen und die über die noch folgenden Projektstufen erforderliche Organisationsstruktur zur Sicherstellung der projektbezogenen Qualitäts-, Kosten- und Terminziele des Werre-Wasserverbandes aufzustellen.

Die Details sind der Leistungsbeschreibung zu entnehmen (Anlage B-12), die dem Teilnahmewettbewerb im Entwurfsstadium beigefügt ist und im Laufe des Vergabeverfahrens, sofern vom Auftraggeber für sinnvoll erachtet, noch angepasst werden kann.

Stufenweise Beauftragung

Die Leistungen werden stufenweise vergeben. Es werden zunächst nur die Leistungen der **Leistungsstufe 1** beauftragt, welche der o.g. **Projektstufe 3** (Ausführungsvorbereitung einschließlich der Einarbeitung in das Projekt und der Aufstellung der Organisationsstruktur für das Projekt) entspricht. Trotzdem sind auch die weiteren Leistungen der Leistungsstufen 2 (Projektstufe 4 Ausführung) und 3 (Projektstufe 5 Projektabschluss) durch die Bieter anzubieten. Der Auftraggeber entscheidet zu einem späteren Zeitpunkt, ob er den Auftragnehmer dieses Vergabeverfahrens (dem/den obsiegendem/n Bieter/n) mit den weitergehenden Leistungsstufen (Leistungen Stufe 2 und 3) beauftragt. Er ist dazu nicht verpflichtet und kann die Leistungsstufen gar nicht (z.B. Eigenleistung) oder anderweitig vergeben.

7. Projektsteuerungsvertrag

Mit dem Zuschlag kommt ein Projektsteuerungsvertrag zwischen dem Bieter, der den Zuschlag erhält, und dem Auftraggeber zu Stande. Der Auftragnehmer wird anschließend gemäß § 1 Abs. 1 Verpflichtungsgesetz auf die gewissenhafte Erfüllung der Obliegenheiten verpflichtet und auf die strafrechtlichen Folgen einer Pflichtverletzung hingewiesen.

Art und Umfang der vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen ergeben sich aus den Vergabeunterlagen, einschließlich des Projektsteuerungsvertrages, der Leistungsbeschreibung sowie aus dem hierauf abgegebenen verbindlichen und letzten Angebot des Auftragnehmers. Der Vertrag wird in einem fortgeschrittenen Entwurfsstand vom Auftraggeber mit den Vergabeunterlagen an die Bewerber versandt werden, die im Rahmen der Verhandlungsphase des Vergabeverfahrens zur Angebotsabgabe aufgefordert werden.

In Anbetracht der Bedeutung und Auswirkung der vertraglichen Regelungen werden weite Teile des Vertragsentwurfes Gegenstand der Verhandlungen und somit verhandelbar sein.

Die wesentlichen beabsichtigen Regelungen stellt der Auftraggeber nachstehend wie folgt dar:

Bei dem Projektsteuerungsvertrag wird es sich um einen Werkvertrag handeln. Die Anwendbarkeit der „Leistungs- und Honorarordnung im Projektmanagement“ der AHO-Fachkommission „Projektsteuerung/Projektmanagement“ wird vorgesehen sein.

Der Projektsteuerungsvertrag wird Regelungen zu den Projektzielen und den Vertragsgrundlagen beinhalten. Im Vertrag werden die Leistungen des Auftragnehmers sowie dessen allgemeine Pflichten, die Anforderungen an die Zusammenarbeit mit den übrigen Projektbeteiligten und die Pflichten des Auftragnehmers hinsichtlich des Einsatzes des für das Projekt vorgesehene Projektteam beschrieben werden. Eine Übertragbarkeit von Rechten und Pflichten aus dem Vertrag auf Dritte ohne Zustimmung des Auftraggebers wird ausgeschlossen sein.

Der Vertrag wird Regelungen zum Honorar des Auftragnehmers und zur Fälligkeit von Abschlagszahlungen beinhalten.

Es wird eine förmliche Abnahme der Leistungen des Auftragnehmers nach vollständiger Erfüllung des Vertrages vorgesehen sein. Teilabnahmen sollen ausgeschlossen sein.

Der Auftragnehmer wird verpflichtet werden, eine Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen pro Versicherungsfall von mind. 2.000.000 Euro für Personenschäden und mind. 2.000.000 Euro für Sach- und Vermögensschäden abzuschließen und während der Vertragserfüllung aufrecht zu erhalten. Die Gesamtleistung des Versicherers innerhalb eines Versicherungsjahres muss mindestens das Doppelte dieser Deckungssummen betragen (2 Versicherungsfälle pro Jahr).

Der Vertrag wird die Voraussetzungen für eine außerordentliche Kündigung durch den Auftraggeber aus wichtigem Grund, die Haftung des Auftragnehmers und urheberrechtliche Fragestellungen regeln. Ein wichtiger Grund liegt unter anderem dann vor, wenn im Rahmen des aktuell gegen den Planfeststellungsbeschluss vor dem Oberverwaltungsgericht Münster anhängigen Klageverfahren dessen Unwirksamkeit festgestellt oder im Rahmen des vor dem Oberverwaltungsgericht Münsters anhängigen Eilverfahrens die Genehmigung zur sofortigen Vollziehung aufgehoben werden.

8. Geltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW

Für das vorliegende Vergabeverfahren gilt das TVgG NRW. Die beiliegenden Besonderen Vertragsbedingungen des Landes (Formular 513 EU) wird Vertragsbestandteil. Dies ist nicht verhandelbar.

9. Fragen Hinweise und Auskünfte

Enthalten die Bekanntmachung und / oder die weiteren Vergabeunterlagen einschließlich dieser Bewerberinformation nach Auffassung der Bewerber Unklarheiten oder Widersprüche, die die Teilnahmeanträge beeinflussen könnten, so haben die Bewerber den Auftraggeber umgehend darauf hinzuweisen.

Hinweise und Fragen haben die Bewerber ausschließlich über den Kommunikationsbereich des Vergabemarktplatzes zu stellen.

Die Fragen der Bewerber werden ausschließlich über den Kommunikationsbereich des Vergabemarktplatzes beantwortet. Bitte beachten Sie die in dem Dokument „Anfrage Teilnahmewettbewerb“ angegebene Fristen.

10. Bewerbergemeinschaften – gesamtschuldnerische Haftung

Mehrere Unternehmen können sich grundsätzlich zu einer Bewerbergemeinschaft zusammenschließen. In diesem Fall muss die Bewerbergemeinschaft mit ihrem Teilnahmeantrag eine Er-

klärung "Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung" (Formular 531 EU) einreichen. Wird eine Bewerbergemeinschaft gebildet, müssen alle Mitglieder der Gemeinschaft die geforderten Unterlagen einzeln beibringen, sofern nichts anderes ausgewiesen ist.

Die Bietergemeinschaft ist nach Zuschlagserteilung in eine Projektgesellschaft in Form einer GbR, in der alle Gesellschafter gesamtschuldnerisch haften, zu überführen. Der Name der zu gründenden GbR ist mit Abgabe des Teilnahmeantrages zu benennen. Der GbR wird im Falle eines Zuschlages die Vertragserfüllung übertragen.

Mit Abgabe des Teilnahmeantrages sind alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft / Gesellschafter der künftigen GbR und der für die Durchführung des Vertrages sowie die rechtsverbindliche Vertretung aller Gesellschafter gegenüber dem Auftraggeber bevollmächtigte Vertreter der GbR zu benennen. Die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder/Gesellschafter der Bewerbergemeinschaft ist mit dem Teilnahmeantrag zu bestätigen.

Es wird darauf hingewiesen, dass Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft unzulässig sind und in der Regel zur Nichtberücksichtigung aller betroffenen Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren führen.

11. Andere Unternehmen / Eignungsleiher

Der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft kann für bestimmte Leistungen andere Unternehmen benennen. Dies kann gem. § 36 VgV durch die Benennung von Nachunternehmern erfolgen, an die Unteraufträge erteilt werden sollen. Beabsichtigt der Bewerber, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen (Unterauftragnehmer), so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Teilnahmeantrag benennen (Formular 532 EU).

Des Weiteren hat der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft die Möglichkeit, im Rahmen der Eignungsleihe gem. § 47 VgV ein anderes Unternehmen für die Erfüllung der Anforderungen an die wirtschaftliche / finanzielle oder technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit zu benennen (Formular 532 EU). Der Bewerber hat auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben. Entsprechende Verpflichtungserklärungen (Formular 521 EU/ 533 EU) dieser Unternehmen sind bei der Eignungsleihe dem Teilnahmeantrag, bei der Unterauftragsvergabe auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers vor Zuschlagserteilung vorzulegen.

Beabsichtigt der Bewerber, im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe), so haben der Bewerber und der Unternehmer, deren Kapazitäten der Bewerber in Anspruch nehmen will, mit dem Teilnahmeantrag eine Erklärung dahingehend vorzulegen, dass sie für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gesamtschuldnerisch haften (Formular 533 EU).

Der Bewerber hat andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe nach § 123 GWB vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium (nur bei Eignungsleihe) nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen. Sollten hingegen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, behält sich die Vergabestelle vor, dass das Unternehmen durch den Bewerber/Bieter innerhalb einer zu setzenden Frist ersetzt wird.

Im Übrigen wird auf die Bestimmungen des § 47 VgV verwiesen.

12. Vorbehalt der Aufhebung des Vergabeverfahrens

Der Auftraggeber weist ausdrücklich darauf hin, dass der Vertragsabschluss unter dem Vorbehalt der Wirksamkeit des Planfeststellungsbeschlusses der Bezirksregierung Detmold vom 05.12.2023 zum Neubau des Hochwasserrückhaltebeckens in den Gemarkungen Hornoldendorf (Stadt Detmold) Fromhausen (Stadt Horn-Bad Meinberg) sowie den Neubau der Ortsumgehung Hornoldendorf K90, 1n über den Hochwasserschutzdamm des Hochwasserrückhaltebeckens steht.

Der Auftraggeber behält sich vor, das Vergabeverfahren aufzuheben, sollte im Rahmen des aktuell gegen den Planfeststellungsbeschluss vor dem Oberverwaltungsgericht Münster anhängigen Klageverfahren dessen Unwirksamkeit festgestellt oder im Rahmen des vor dem Oberverwaltungsgericht Münsters anhängigen Eilverfahrens die Genehmigung zur sofortigen Vollziehung aufgehoben werden.

13. Detaillierte Darstellung der Durchführung des Teilnahmewettbewerbs

13.1 Formale Vorgaben für die Teilnahmeanträge

Der Auftraggeber hat das Vergabeverfahren mit einer EU Bekanntmachung eingeleitet, die im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht worden ist. Die dort enthaltenen Hinweise sind neben dieser Bewerberinformation und den Hinweisen „Einreichung Interessensbestätigungen/ Teilnahmeanträge/ Angebote“ aus dem VHB des Landes NRW angepassten Formulars 312/322 EU bzw. „Bewerbungsbedingungen“ (VHB des Landes NRW Formular 511 EU) maßgeblich für die Durchführung des Vergabeverfahrens und zwingend zu beachten.

Zur besseren Vergleichbarkeit, zur Erhöhung der Übersichtlichkeit und zur Unterstützung der Bewerber bei der Erstellung der Teilnahmeanträge stehen neben den Formularen aus dem Vergabehandbuch des Landes NRW weitere Bewerberformulare zum Vergabeverfahren zur Verfügung. Diese Formulare liegen als **Anlagen 3 bis 8** bei und sind von den Bewerbern zwingend zusammen mit den darin und mit den in der Liste einzureichender Unterlagen, Nachweise und Erklärungen weiteren geforderten Nachweisen und Erklärungen bis zum Ende der Teilnahmefrist (siehe „Anfrage zum Teilnahmewettbewerb“) elektronisch in Textform über den Vergabemarktplatz einzureichen.

Jeder Teilnahmeantrag ist in deutscher Sprache einzureichen.

13.2 Prüfung auf Vollständigkeit der Teilnahmeanträge und Einhaltung der Teilnahme- frist

Voraussetzung für die Wertung der Teilnahmeanträge ist die vollständige und fristgerechte Einreichung des Teilnahmeantrags nebst Abgabe der geforderten Erklärungen. Diese Prüfung erfolgt vor der inhaltlichen Auswertung der Teilnahmeanträge. Unvollständige und / oder nicht fristgerecht eingereichte Teilnahmeanträge werden von der Wertung ausgeschlossen. Der Auftraggeber behält sich jedoch vor, fehlende Angaben/Unterlagen gemäß § 56 Abs. 2 VgV nachzufordern.

13.3 Prüfung auf Erfüllung der Mindestanforderungen an die Eignung der Bewerber (Mindeststandards)

Ebenfalls von der Wertung ausgeschlossen werden Teilnahmeanträge von Bewerbern, welche die nachfolgenden, in der EU-Bekanntmachung vorgegebenen **Mindeststandards**, nicht erfüllen. Bei Vorliegen von Bewerbungsgemeinschaften bzw. bei Einsatz von Nachunternehmern sind die Nachweise auch bzw. nur für das Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft oder den Nachunternehmer zu führen, welches bzw. welcher die Leistungen im Auftragsfall erbringen soll:

13.3.1 Befähigung zur Berufsausübung

Teilnahmeberechtigt sind natürliche und juristische Personen, die die geforderten fachlichen Anforderungen erfüllen und dies durch Eigenerklärungen belegen.

13.3.1.1 Die fachlichen Anforderungen sind erfüllt, wenn Bewerber gemäß Rechtsvorschrift ihres Heimatstaates berechtigt sind, am Tage der Bekanntmachung **entweder** die **Berufsbezeichnung Ingenieur/in** führen oder in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur/in bzw. Bauingenieur/in tätig zu werden. Ist die Berufsbezeichnung im jeweiligen Heimatstaat gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachlichen Anforderungen als Ingenieur bzw. Bauingenieur wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung der Richtlinie 2005/36/EG und den Vorgaben des Rates vom 07.09.2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22) entspricht.

13.3.1.2 Bei juristischen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn der/die mit der Aufgabe betraute Mitarbeiter/in die fachlichen Anforderungen erfüllt, die an natürliche Personen gestellt werden. Bewerber müssen bestätigen, dass die für die Projektleitung vorgesehene Person, die vorgenannten Anforderungen an natürliche Personen erfüllen.

- 13.3.1.3** Bewerbergemeinschaften natürlicher und/oder juristischer Personen sind ebenfalls teilnahmeberechtigt, wenn jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft teilnahmeberechtigt ist.

Auf Anforderung des Auftraggebers sind die Angaben durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.

13.3.2 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit - Mindestanforderungen an Referenzen

Hinsichtlich der nachfolgend aufgeführten Referenzanforderungen ist mit der Fertigstellung bzw. dem Abschluss des Projektes jeweils die Fertigstellung/der Abschluss der bei dem konkreten Projekt erbrachten Leistungen der Bewerber gemeint.

13.3.2.1 Referenz Projektsteuerungsleistungen Ingenieurbauwerk des Wasserbaus

Bewerber haben nachzuweisen, dass sie in den letzten zehn Jahren (ab Januar 2016) für **mindestens ein Ingenieurbauwerk des Wasserbaus** die Projektsteuerungsleistungen durchgeführt haben. Das Referenzprojekt muss mindestens die folgenden Anforderungen erfüllen:

- Leistungen der Projektsteuerung, dabei **mindestens 4 abgeschlossene Projektstufen** nach AHO Heft Nr. 9
- Baukosten nach DIN 276 (KG 300 - 600) von **mindestens 5 Mio. Euro netto**

(anzugeben mithilfe Formular Mindestanforderung Referenz Projektsteuerungsleistungen Ingenieurbauwerk des Wasserbaus, Anlage 3).

13.3.2.2 Referenz Projektsteuerungsleistungen Verkehrsanlagen

Bewerber haben nachzuweisen, dass sie in den letzten zehn Jahren (ab Januar 2016) für **mindestens eine Verkehrsanlage eines öffentlichen Auftraggebers** im Sinne von § 99 GWB Projektsteuerungsleistungen durchgeführt haben.

Das Referenzprojekt muss mindestens die folgenden Anforderungen erfüllen:

- Leistungen der Projektsteuerung, dabei **mindestens 4 abgeschlossene Projektstufen** nach AHO Heft Nr. 9
- Baukosten nach AKS/AKVS von **mindestens 1 Mio. Euro netto**
- Verkehrsanlage mit **mindestens einem Knotenpunkt**.

(anzugeben mithilfe Formular Mindestanforderung Referenz Projektsteuerungsleistungen Verkehrsanlagen, Anlage 4).

13.3.2.3 Anzahl beschäftigter Berufsträger

Bewerber haben (durch Eigenerklärung) anzugeben, dass sie über die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre **mindestens 3 Berufsträger** (Architekten, Ingenieure, Bachelor, Master of Science/of Engineering/of Arts (Inhaber und angestellte Mitarbeiter) beschäftigt haben (anzugeben mithilfe Formular Mindestanforderung/Auswahlkriterium 4 - Anzahl beschäftigter Berufsträger, Anlage 5).

13.3.3 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit - Haftpflichtversicherung

Bewerber haben nachzuweisen, dass Sie über eine Berufshaftpflichtversicherung in folgender Höhe verfügen:

Deckungssumme pro Versicherungsfall von mind. 2.000.000 Euro für Personenschäden und mind. 2.000.000 Euro für Sach- und Vermögensschäden. Die Gesamtleistung des Versicherers innerhalb eines Versicherungsjahres muss mindestens das Doppelte dieser Deckungssummen betragen (2 Versicherungsfälle pro Jahr).

Sofern ein Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne (noch) nicht besteht, ist eine Bestätigung des Versicherers ausreichend, wonach im Auftragsfall ein Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne gewährt werden wird. Die Bestätigung des Versicherers ist mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

13.4 Persönliche Lage des Bewerbers/Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- und oder Handelsregister

Handelt es sich bei den Bewerbern um eine juristische Person, OHG, KG oder Partnerschaftsgesellschaft (auch als Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft), so ist dem Teilnahmeantrag ein Auszug aus dem Handels- oder Partnerschaftsregister oder vergleichbaren Registers des Herkunftslandes des Bewerbers beizufügen, der nicht älter als 12 Monate sein darf.

13.5 Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Bewerber und Mitglieder von Bewerbergemeinschaften haben zu erklären, dass keine Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1 und 2 GWB und/oder § 124 Abs. 1 GWB vorliegen (Formular 521 EU).

13.6 Präqualifizierung

Unternehmen, die in den Präqualifizierungsdatenbanken (<https://amtliches-verzeichnis.ihk.de/> oder www.pq-verein.de bzw. einer anderen für den öffentlichen Auftraggeber kostenfreien Datenbank innerhalb der EU registriert sind, können dies bei Abgabe des Teilnahmeantrags bzw. durch Angabe der Registrierungsnummer angeben. Sofern vom Auftraggeber Nachweise gefordert werden, die nicht in den vorgenannten Datenbanken enthalten sind, sind diese ergänzend einzureichen. Ansonsten kann das Unternehmen vom Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.

13.7 Erklärung zu Russland-Bezug

Bewerber/Bewerbergemeinschaften müssen angeben, dass sie bzw. ihre Unterauftragnehmer/Lieferanten/Eignungsleiher keinen vergaberechtlich relevanten Bezug zu Russland aufweisen. Für diese Erklärung ist das Formular Eigenerklärung Sanktionspaket EU (Formular 523 EU) zu verwenden.

13.8 Auswahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bieter

Liegen dem Auftraggeber mehr als fünf vollständige Teilnahmeanträge vor, welche die Mindestanforderungen an die Eignung der Bewerber erfüllen, so wählt der Auftraggeber die zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren aufzufordernden Bieter durch eine Bewertung der Teilnahmeanträge aus. Grundlage der Bewertung der Teilnahmeanträge sind die in der Bekanntmachung und ergänzend die in dieser Bewerberinformation sowie in der als Anlage 11 beigefügten Eignungsmatrix - Eignungskriterien mitgeteilten Kriterien und deren Gewichtung:

1. Referenzenprojekte Projektsteuerung Ingenieurbauwerk des Wasserbaus, Referenz nicht älter als zehn Jahre (Fertigstellung ab Januar 2016): Leistungen der Projektsteuerung, dabei mind. 4 abgeschlossene Projektstufen nach AHO Heft Nr. 9; Baukosten mind. 5 Mio. Euro netto: Gewichtung 33 % (anzugeben mithilfe Formular Referenzblatt/Auswahlkriterium 1 - Projektsteuerungsleistungen Ingenieurbauwerke des Wasserbaus - Anlage 6)
2. Referenzprojekte Projektsteuerungsleistung eines Objekts für einen öffentlichen Auftraggeber (§ 99 GWB) unter Verwendung von Fördermitteln, Referenz nicht älter als fünf Jahre (Fertigstellung ab Januar 2021): Leistungen der Projektsteuerung, dabei mind. 4 abgeschlossene Projektstufen nach AHO Heft Nr. 9; Baukosten mind. 1 Mio. Euro netto: Gewichtung 30 % (anzugeben mithilfe Formular Referenzblatt/Auswahlkriterium 2 - Projektsteuerungsleistungen Fördermittel - Anlage 7)
3. Referenzenprojekte Projektsteuerung Verkehrsanlagen für einen öffentlichen Auftraggeber, Referenz nicht älter als zehn Jahre (Fertigstellung ab Januar 2016): Leistungen der Projektsteuerung, dabei mind. 4 abgeschlossene Projektstufen nach AHO Heft Nr. 9; Baukosten mind. 1 Mio. Euro netto: Gewichtung 21 % (anzugeben mithilfe Formular Referenzblatt/Auswahlkriterium 3 - Projektsteuerungsleistungen Verkehrsanlage - Anlage 8)

4. Anzahl Beschäftigter Berufsträger; Architekten, Ingenieure, Bachelor, Master of Science/of Engineering/of Arts (Inhaber und angestellte Mitarbeiter) in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren; Gewichtung 16 % (anzugeben mithilfe Formular Mindestanforderung/Auswahlkriterium 4 - Anzahl beschäftigter Berufsträger, Anlage 5)

Es werden jeweils maximal 3 Referenzen gewertet, jede Referenz wird mit 1/3 der Gewichtung in Punkten bewertet (bei 33 % also mit je 11 Punkten, bei 30 % mit je 10 Punkten und bei 21 % mit je 7 Punkten; Die maximal mögliche Punktzahl wird bei 18 Berufsträgern erreicht, bei der Mindestanzahl von 3 Berufsträgern erhält der Teilnahmeantrag 1 Punkt

Sofern in den Teilnahmeanträgen Erklärungen oder Angaben fehlen oder Angaben fehlerhaft sind, so werden diese mit 0 Punkten bewertet. Werden Angaben gemacht, die den Anforderungen für die Vergleichbarkeit für Referenzen nicht oder nur teilweise entsprechen, können diese ebenfalls mit 0 Punkten bewertet werden. Der Auftraggeber behält sich vor, weitere Informationen oder Nachweise zur Eignungsbewertung der Bewerber nachzufordern, sofern zulässig.

Sollte die Auswertung ergeben, dass auf mehrere Teilnahmeanträge dieselbe Punktzahl entfällt, so entscheidet das Los.

13.9 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Teilnahmeanträge von Bewerbern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen. Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bewerber Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bewerber wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist. Dies gilt auch für Bewerbergemeinschaften.

Teilnahmeanträge und Angebote von Bewerbern bzw. Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligen, werden ausgeschlossen.

13.10 Ausführungsbedingungen

Bewerber haben in ihrem Teilnahmeantrag die Person des/des Projektleiters/in zu benennen. Die Aufgaben/Funktion der Projektleitung und der stellv. Projektleitung müssen innerhalb des Projektteams durch zwei verschiedene Personen erbracht werden.

Für die Projektleitung sowie die stellv. Projektleitung dürfen nur Personen eingesetzt werden, die mindestens über einen Hochschulabschluss im Bereich Bauwesen mit Abschluss als Dipl.-Ing. oder Bachelor verfügen. Diese Anforderungen an den Hochschulabschluss sind erfüllt, wenn Bewerber gemäß Rechtsvorschrift ihres Heimatstaates berechtigt sind, am Tage der Bekanntmachung **entweder** die **Berufsbezeichnung Ingenieur/in** führen oder in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur/in bzw. Bauingenieur/in tätig zu werden. Ist die Berufsbezeichnung im

jeweiligen Heimatstaat gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachlichen Anforderungen als Ingenieur bzw. Bauingenieur wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung der Richtlinie 2005/36/EG und den Vorgaben des Rates vom 07.09.2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22) entspricht.

14. Ausblick auf das Verhandlungsverfahren

14.1 Formale Vorgaben Angebotsabgabe

Mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe wird der Auftraggeber den im Teilnahmewettbewerb ausgewählten Bewerbern eine Zusammenstellung der mit dem Angebot einzureichenden Unterlagen und Erklärungen übersenden. Die zur Angebotsabgabe aufgeforderten Bieter haben mit dem Erstantebot zwingend die geforderten Unterlagen und Erklärungen abzugeben und die genannten Anforderungen zu erfüllen.

Für das nach den Verhandlungsgesprächen auf weitere Aufforderung abzugebende verbindliche Angebot gilt dies entsprechend. Auch das verbindliche Angebot ist als vollständiges Angebot abzugeben. Ein sog. Differenzangebot mit Verweis auf das Erstantebot ist unzulässig und wird als nicht abgegeben bewertet. Der Auftraggeber behält sich ausdrücklich vor, die allgemeine Vergabeunterlage zur Aufforderung der Abgabe des verbindlichen Angebotes anzupassen.

Im Übrigen wird hinsichtlich der formalen Anforderungen auf die beigefügten Hinweise (Einreichung Interessensbestätigungen/ Teilnahmeanträge/ Angebote VHB des Landes NRW Formular 311/322 EU) bzw. Bewerbungsbedingungen (VHB des Landes NRW Formular 511 EU)) verwiesen.

14.2 Erläuterung Vertrag

Den Vergabeunterlagen zur Aufforderung eines Angebotes wird der Entwurf eines Projektsteuerungsvertrages beigefügt werden. Der Vertrag enthält grundsätzlich die vertraglichen Mindestvorgaben und stellt die Grundlagen der rechtlichen Beziehungen der Vertragsparteien klar. Er ist allerdings verhandelbar. Die Bieter werden aufgefordert werden, mit ihrem ersten Angebot eine Stellungnahme zum Vertragsentwurf vorzulegen und aus Ihrer Sicht erforderliche Änderungen bzw. Ergänzungen zu benennen.

Das Erstantebot ist auf Grundlage der Vorgaben und Regelungen des Vertrages zu erstellen. Hält der Bieter einzelne vertragliche Vorgaben und Regelungen aus rechtlichen, wirtschaftlichen oder tatsächlichen Gründen für nicht realisierbar, so wird er umgehend um einen entsprechenden Hinweis gebeten, noch rechtzeitig vor Ende der Angebotsfrist.

14.3 Bindefrist

Die Bindefrist wird mit Aufforderung zur Abgabe des Erstangebotes vom Auftraggeber mitgeteilt werden. Der Bieter hat mit Abgabe des Erstangebotes zu erklären, dass er sich bis zum Ablauf der Frist an sein Angebot bindet.

14.4 Bewertung der Angebote

Die Bewertung der eingehenden Angebote erfolgt auf Grundlage der Bewertungsmatrix Zuschlagskriterien, die den Vergabeunterlagen beigelegt ist (Anlage E-2), anhand von 4 Kriterien, wovon eines der Preis (Honorar) ist:

- | | | |
|----|--|------|
| 1. | Qualifikation des Projektteams (Projektleiter/in und stellv. Projektleiter/in)
(Mindestens Hochschulabschluss im Bereich Bauwesen „Dipl.-Ing.“ oder „Bachelor“ o. gleichwertiger Abschluss, siehe Ziffer 13.10) | 30% |
| 2. | Herangehensweise an das Projekt HRB Wiembecke mit KN 90n | 10 % |
| 3. | Erläuterung zur Kostenplanung und Kostensteuerung am ausgeschriebenen Projekt unter besonderer Berücksichtigung der Verwendung von Fördermitteln | 10 % |
| 4. | Kosten / Preis | 50 % |

Die erreichten Punkte (maximal jeweils 5) für die Kriterien zu den Ziffern 1 bis 3 werden mit der Zahl multipliziert die der Gewichtung entspricht (bei 10 % Gewichtung also 10, bei 30 % Gewichtung also 30), so dass dann 50 Punkte (Gewichtung 10 %), 150 Punkte (Gewichtung 30 %) erreicht werden können.

Zum Vergleich der Angebote findet das Verfahren „Leistung durch Preis“ Anwendung. Dazu werden für jeden Bieter seine Leistungspunkte durch den angebotenen Preis dividiert. Der Quotient ist desto höher, je mehr Leistungspunkte der Bieter erzielt bzw. desto kleiner sein Preis ist. Das Angebot mit den höchsten Quotienten ist das wirtschaftlichste Angebot.

15. Nachprüfungsverfahren / Rechtsbehelfsverfahren

Zur Überprüfung des Vergabeverfahrens kann ein Nachprüfungsantrag bei der

Vergabekammer Westfalen

Albrecht Thaer-Straße 9

48147 Münster

E-Mail: vergabekammer@bezreg-muenster.nrw.de

Fax: 0251 411-2165

gestellt werden, solange ein wirksamer Zuschlag noch nicht erteilt worden ist. Ein wirksamer Zuschlag kann erst erteilt werden, nachdem der Auftraggeber die unterlegenen Bieter schriftlich über den beabsichtigten Zuschlag informiert hat (§ 134 GWB). Den Bewerber/Bieter trifft folgende Rügeobliegenheiten gemäß § 160 Abs. 3 GWB:

„Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit:

- 1. der Antragstelle den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichung des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt,*
- 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*
- 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*
- 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.*

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach

§ 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.“